

Antrag 29/I/2026

Abt. 10/02 – Marzahn-Mitte

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Hauptstadtverantwortung gerecht finanzieren: Einführung eines Bundes-Repräsentationsfonds und Basiskorrektur der Sicherheitskosten

1 Die SPD-Bundestagsfraktion und die von der SPD geführ-
2 ten Bundesministerien werden aufgefordert, sich für ei-
3 ne grundlegende Neuregelung der finanziellen Beziehun-
4 gen zwischen dem Bund und der Hauptstadt Berlin einzu-
5 setzen. Ziel ist es, die strukturelle Unterfinanzierung der
6 Hauptstadtfunktionen zu beenden.

7

Konkret fordern wir:

9

**Einrichtung eines "Repräsentations- und Staatsgäste-
fonds":**

12 Im Bundeshaushalt ist ein dynamisches Budget (eigener
13 Titel) zu schaffen, aus dem sämtliche unmittelbaren Kos-
14 ten für Staatsbesuche und repräsentative Verpflichtun-
15 gen des Bundes (z. B. Protokoll, Logistik, Verkehrslenkung,
16 Absperrungen, Straßenreinigung) direkt und zu 100 % be-
17 glichen werden. Diese Kosten dürfen nicht länger den Ber-
18 liner Landeshaushalt belasten.

19

**Vollständige Erstattung der Polizeimehrkosten (Spitzab-
rechnung):**

22 Die bisherigen pauschalen Abgeltungen für Polizeieinsät-
23 ze bei staatspolitischen Anlässen des Bundes (Sicherheits-
24 stufe 1, Staatsbesuche, Schutz von Bundesorganen) sind
25 durch eine Spitzabrechnung zu ersetzen. Der Bund muss
26 die tatsächlichen Personalkosten, Überstunden und den
27 Materialeinsatz der Berliner Polizei bei diesen Anlässen
28 vollständig erstatten.

29

Basiskorrektur der Strukturkosten:

31 Die dauerhafte Belastung der Berliner Infrastruktur
32 und Verwaltung durch die Hauptstadtfunktion ist
33 als struktureller Nachteil anzuerkennen. Dieser muss
34 entweder im Rahmen des Länderfinanzausgleichs
35 besonders berücksichtigt oder durch eine gesonder-
36 te, dauerhafte Bundeszuweisung (Sonderbedarfs-
37 Bundesergänzungszuweisung für Hauptstadtlasten)
38 basiskorrigiert ausgeglichen werden.

39

40

41

Begründung

43 Berlin ist das politische Herz der Bundesrepublik Deutsch-
44 land. Wenn Präsident:innen, Monarch:innen oder Regie-
45 rungschef:innen in Berlin empfangen werden, repräsen-
46 tiert unsere Stadt nicht sich selbst, sondern die gesamte

Empfehlung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der AK (Konsens)

Die SPD-Bundestagsfraktion und die von der SPD geführ-
ten Bundesministerien werden aufgefordert, sich für ei-
ne grundlegende Neuregelung der finanziellen Beziehun-
gen zwischen dem Bund und der Hauptstadt Berlin einzu-
setzen. Ziel ist es, die strukturelle Unterfinanzierung der
Hauptstadtfunktionen zu beenden.

Konkret fordern wir insbesondere:

**Einrichtung eines "Repräsentations- und Staatsgäste-
fonds":**

Im Bundeshaushalt ist ein dynamisches Budget (eigener
Titel) zu schaffen, aus dem sämtliche unmittelbaren Kos-
ten für Staatsbesuche und repräsentative Verpflichtun-
gen des Bundes (z. B. Protokoll, Logistik, Verkehrslenkung,
Absperrungen, Straßenreinigung) direkt und zu 100 % be-
glichen werden. Diese Kosten dürfen nicht länger den Ber-
liner Landeshaushalt belasten.

**Vollständige Erstattung der Polizeimehrkosten (Spitzab-
rechnung):**

Die bisherigen pauschalen Abgeltungen für Polizeieinsät-
ze bei staatspolitischen Anlässen des Bundes (Sicherheits-
stufe 1, Staatsbesuche, Schutz von Bundesorganen) sind
durch eine Spitzabrechnung zu ersetzen. Der Bund muss
die tatsächlichen Personalkosten, Überstunden und den
Materialeinsatz der Berliner Polizei bei diesen Anlässen
vollständig erstatten.

Basiskorrektur der Strukturkosten:

Die dauerhafte Belastung der Berliner Infrastruktur
und Verwaltung durch die Hauptstadtfunktion ist
als struktureller Nachteil anzuerkennen. Dieser muss
entweder im Rahmen des Länderfinanzausgleichs
besonders berücksichtigt oder durch eine gesonder-
te, dauerhafte Bundeszuweisung (Sonderbedarfs-
Bundesergänzungszuweisung für Hauptstadtlasten)
basiskorrigiert ausgeglichen werden.

47 Bundesrepublik. Der politische und diplomatische Nutzen
48 dieser Beziehungen kommt dem gesamten Bund zugute.
49 Die finanziellen, logistischen und personellen Lasten tra-
50 gen jedoch überproportional die Berliner Steuerzahlerin-
51 nen und Steuerzahler sowie die Berliner Verwaltung.

52

53 Aktuell subventioniert das Land Berlin faktisch die Au-
54 ßenpolitik und Repräsentation des Bundes. Während der
55 Bund einlädt, muss Berlin die Infrastruktur und Sicherheit
56 bereitstellen. Die bisherigen Pauschalen im Hauptstadtfi-
57 nanzierungsvertrag decken die realen Kosten – insbeson-
58 dere bei der gestiegenen Anzahl an Staatsbesuchen und
59 der verschärften Sicherheitslage – längst nicht mehr.

60

61 Besonders gravierend ist die Belastung der Berliner Polizei.
62 Millionen von Überstunden und gebundene Kräfte beim
63 Schutz von Bundesobjekten fehlen in den Berliner Kiezen
64 für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Es ist den
65 Steuerzahler:innen nicht vermittelbar, warum die Sicher-
66 heit eines Staatsgastes aus dem Budget der Berliner In-
67 nenbehörde bezuschusst werden muss.

68

69 Es gilt das Konnexitätsprinzip: "Wer bestellt, bezahlt." Da
70 diese Aufgaben nationalen Charakter haben und "sys-
71 temrelevante Hauptstadtfunktionen" sind, müssen sie
72 auch folgerichtig aus einem eigenen Bundestopf finan-
73 ziert werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass Ber-
74 lin seine Aufgaben als Hauptstadt erfüllen kann, ohne die
75 Daseinsvorsorge für seine eigene Bevölkerung zu vernach-
76 lässigen.